



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Florian von Brunn, Klaus Adelt, Inge Aures, Michael Busch, Martina Fehlner, Christian Flisek, Harald Güller, Volkmar Halbleib, Alexandra Hiersemann, Annette Karl, Natascha Kohnen, Ruth Müller, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Stefan Schuster, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Arif Taşdelen, Ruth Waldmann, Margit Wild** und Fraktion (SPD)

Klimaüberhitzung: Wir brauchen jetzt schärfere Klimaziele UND konkrete Klimaschutzmaßnahmen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich in Bayern das Ziel zu setzen, bis 2030 mindestens 67 Prozent der Treibhausgas-Emissionen gegenüber 1990 einzusparen, bis spätestens 2040 Treibhausgasneutralität zu erreichen, und sich auf Bundesebene und auch gegenüber den anderen Bundesländern für ehrgeizigere Klimaschutzziele einzusetzen.

Die Staatsregierung muss dazu im Freistaat ihr unzureichendes Maßnahmenpaket durch ein echtes Klimaschutz-Sofortprogramm ergänzen, das vor allem folgende Komponenten enthält:

- ein umfangreiches Ausbauprogramm für den regionalen Schienenpersonenverkehr, das sowohl Neuinvestitionen als auch die umfassende Reaktivierung von Bahnstrecken vorsieht,
- eine zukunftsweisende neue Lösung mit der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH, um im gesamten Freistaat landkreisübergreifende Express-Busverbindungen zu planen und einzurichten,
- eine massive Ausweitung der Förderung von Nahverkehrsleistungen der Landkreise und Kommunen,
- den beschleunigten Ausbau der E-Ladeinfrastruktur durch eine Verstärkung der Förderung,
- Finanzierungsprogramme für die Beschaffung von emissionsfreien Fahrzeugen für die öffentliche Hand,
- eine stärkere Bezuschussung, um die Nutzung des Nahverkehrs von jungen Menschen, Älteren und sozial Benachteiligten kostenfrei zu stellen und mehr günstige Tarife auch für alle anderen zu ermöglichen, und
- die umgehende Aufhebung der 10H-Regelung, um die Totalblockade beim Ausbau der Windkraft zu lösen.

Begründung:

Die Klimaüberhitzung beschleunigt sich viel schneller, als es bisher erwartet wurde. Die Folgen davon sind auch in Bayern fast jeden Tag spürbar. Diese Entwicklung gefährdet die Zukunft unserer Kinder und ihrer Kinder. Die Folgen verursachen deutschlandweit bereits jetzt milliardenschäden, die die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Steuern aufbringen müssen. Diese Kosten werden schnell steigen, und sie werden umso höher, je weniger dagegen unternommen wird.

Die bisherigen Maßnahmen und Zielsetzungen der Staatsregierung sind völlig unzureichend. Daran wird auch das von der Staatsregierung geplante Klimagesetz nichts ändern, das der Krisensituation nicht gerecht wird und erhebliche Mängel aufweist. Das hat zuletzt die Sachverständigenanhörung im Landtag zum Klimaschutzgesetz gezeigt.

Das gilt aber auch für andere Bundesländer. In Baden-Württemberg kritisieren Umweltverbände und Fridays for Future das geplante Klimaschutzgesetz der Regierung Winfried Kretschmann als „wachsweiches Klimapäckle“ bzw. ein „Gesetz mit völlig ambitionlosen Klimaschutzziele“. Auch auf Bundesebene besteht vor allem aufgrund der ständigen Blockaden durch CDU und CSU Nachbesserungsbedarf.

Die Verpflichtung des Freistaates Bayern und Deutschlands besteht vor allem darin, als eine der reichsten industriell geprägten Regionen bzw. eines der reichsten Industrieländer des globalen Nordens Verantwortung für die bisherige Klimaentwicklung zu übernehmen und mit seinen finanziellen sowie technologischen Möglichkeiten zu zeigen, dass Treibhausgasneutralität und eine sozial-ökologische Wende möglich sind.

Eine Verschärfung der Klimaschutzziele auf allen politischen Ebenen ist dringend überfällig. Eine Diskussion über Ziele allein reicht aber nicht aus. Es bedarf vor allem auch konkreter und ehrgeiziger Maßnahmen zur sozial-ökologischen Modernisierung. In Bayern stammt der größte Anteil aus Treibhausgasen aus dem Verkehrssektor. Deswegen ist eine Verkehrswende aus Klimaschutzgründen schon lange überfällig. Sie kann nur aus dem Dreiklang: massiver und schneller Ausbau des klimafreundlichen öffentlichen Verkehrs, Verbilligung und Vereinheitlichung der Tarife und rascher Ausbau der emissionsfreien Mobilität bestehen. Außerdem müssen dringend die Bremsen bei der Energiewende – Stichwort Windkraftstopp 10H – gelöst werden.